# THÜRINGER LANDTAGSKURIER

Ausgabe 1
Februar 2008


## Aus dem Plenum und den Ausschüssen

### Familienoffensive zur Diskussion gestellt

Eine „moderne Familienpolitik“ forderten die Oppositionsfraktionen der LINKEN und der SPD in der Debatte zur Familienoffensive der Landesregierung in der Plenarsitzung vom 24. Januar 2008. Jörg Kubitzki (LINKE) verlangte von der Regierung, die Meinung von Eltern und Erziehern zu berücksichtigen und Änderungen am Thüringer Familienfördergesetz vorzunehmen. Zwei Jahre nach Inkrafttreten seien die Nachteile des Gesetzes offenkundig. Als parlamentarischer Arm des „Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik“ bringe die Opposition nunmehr einen Gesetzentwurf ein, der mit dem Volksbegehren weitgehend übereinstimme. Christoph Matschie, Vorsitzender der SPD-Fraktion, kritisierte die Einführung eines einkommensunabhängigen Landeserziehungsgeldes und forderte stattdessen eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Kindertagesstätten, einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem ersten Lebensjahr und ein kostenfreies letztes Kindergartenjahr.
Die CDU-Fraktion wies die Angriffe auf ihre Familienpolitik entschieden zurück. Fraktionschefin Christine Lieberknecht warf der Opposition vor, einen „wahren Kulturkampf“ entfesselt und häuslich erziehende Eltern diffamiert zu haben. Die Familienoffensive, die konkrete Verbesserungen wie das Landeserziehungsgeld für alle Eltern, die freie Wahl des Betreuungsortes und die Umstellung auf eine kindbezogene Förderung gebracht habe, werde von der Mehrheit der Menschen im Land akzeptiert. Lieberknecht bezeichnete den vorliegenden Gesetzentwurf der LINKEN und der SPD angesichts der finanziellen Situation des Freistaats als unrealistisch und kündigte eine offene inhaltliche Auseinandersetzung mit den Vorstellungen der Opposition an.

### Ladenöffnungsgesetz auf dem Prüfstand

Über erste Erfahrungen mit dem Thüringer Ladenöffnungsgesetz informierte Sozialminister Dr. Klaus Zeh den Landtag in der Plenarsitzung am 25. Januar. Ziel des Gesetzes sei es, den Handlungsspielraum der Gewerbetreibenden zu erweitern. Gut ein Jahr nach Inkrafttreten werde deutlich, dass nur wenige Geschäfte die Möglichkeit nutzten, von Montag bis Freitag rund um die Uhr zu öffnen. Doch würden „Shopping-Nächte“ angeboten, die bei Händlern und Kunden auf zunehmendes Interesse stießen. Unmut gebe es allerdings über die Öffnungsregelung an Adventssonntagen. Thüringer Betriebe sähen sich im Wettbewerb mit Händlern in Sachsen und Sachsen-Anhalt benachteiligt, weil dort an allen Adventssonntagen das Einkaufen möglich sei, in Thüringen jedoch nur am ersten Sonntag. Ergänzungen des Gesetzes schloss der Minister nicht aus. Grundsätzlich habe sich die Neuregelung jedoch bewährt.
Dr. Hartmut Schubert (SPD) kritisierte das neue Gesetz als familienfeindlich. Es sei versäumt worden, Mitarbeiter mit Kindern unter zwölf Jahren von Einsätzen nach 20 Uhr freizustellen. Michael Gerstenberger (LINKE) diagnostizierte Beschäftigungsrückgänge, Umsatzeinbußen und schlechtere Arbeitsbedingungen im Einzelhandel. Das Ladenöffnungsgesetz habe offenkundig keine positive Wirkung entfaltet.



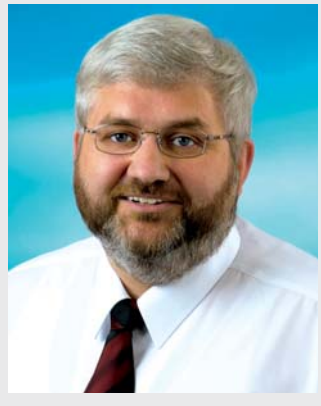
Sehr geehrte Leserinnen,
sehr geehrte Leser,

das vergangene Jahr endete mit einem tragischen Ereignis. Unser geschätzter Kollege, Abgeordneter Wieland Rose, verstarb überraschend. Es fällt schwer, sich nach solchen Ereignissen wieder den politischen Themen zuzuwenden. Aber es ist nötig, denn auch 2008 ist der Landtag gefragt, Entscheidungen zu treffen und Weichenstellungen vorzunehmen.
Schon im Januarplenum haben uns familienpolitische Kontroversen ebenso beschäftigt wie die Auswirkungen der neuen Ladenschlussregelungen. Zugleich hat der Landtag der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gedacht und deutlich gemacht, dass er politischem Extremismus entschiedenen Widerstand entgegensetzen wird. Über all diese Themen informiert sie die vorliegende Ausgabe des Landtagskuriers.

Ihre
Dagmar Schipanski
Prof. Dr. Dagmar Schipanski
Landtagspräsidentin

### Wieland Rose verstorben

Am 30. Dezember 2007 verstarb überraschend der Landtagsabgeordnete Wieland Rose (CDU) im Alter von nur 48 Jahren. Rose gehörte dem Parlament seit 2004 an. Als Experte im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes und als Vorsitzender des Untersuchungsausschusses „Fernwasser“ beeindruckte er durch seine Geradlinigkeit und sein konstruktives Herangehen an offene Fragen. Politisch hatte sich der diplomierte Ingenieur für Wasserwirtschaft auch schon vor seiner Wahl in den Landtag engagiert. Dem Gemeinderat seiner Heimatgemeinde Crossen gehörte er seit 1990 an, seit 1997 war er dort ehrenamtlicher Bürgermeister. 1999 wurde er in den Kreistag des Saale-Holzland-Kreises gewählt. Mit Wieland Rose verliert der Landtag einen Abgeordneten, der seit 1990 aktiv dazu beitrug, Thüringen zu einer lebendigen Demokratie zu machen. Die Mitglieder des Thüringer Landtags werden den Verstorbenen ehrend im Gedächtnis behalten.



### Landwirtschaftsausschuss

Zu seiner traditionellen auswärtigen Sitzung im Rahmen der Internationalen Grünen Woche hielt sich der Agrarausschuss vom 17. bis 20. Januar in Berlin auf. Auch Landtagspräsidentin Prof. Dr. Schipanski nahm am Programm teil, das neben informativen Rundgängen auch zahlreiche Gespräche mit Ausstellern und Verbandsvertretern umfasste. Beim Ländertag Thüringens am 19. Januar stellte sich der Kreis Sonneberg vor. Die Grüne Woche zählte in diesem Jahr rund 425.000 Besucher.

## Ausstellungen

### Kunststipendiaten des Freistaats Thüringen stellen aus

Eine Ausstellung mit Arbeiten Thüringer Kunststipendiaten des Jahres 2007 eröffnete Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski gemeinsam mit Bernd Becker von der SV SparkassenVersicherung am 23. Januar im Thüringer Landtag. Die Ausstellung „Stip.Visite V“ zeigt exemplarisch Arbeiten von Gudrun Dittmar, Ekkehard Claus Engelmann, Jana Gunstheimer und Maud Tutsche, die im Rahmen der Arbeitsstipendien im vergangenen Jahr entstanden sind. Der Direktor der Kunsthalle Erfurt, Prof. Dr. Kai Uwe Schierz, hielt die Laudatio. Die vier Arbeitsstipendien werden jährlich mit rund 30.000 Euro gefördert. Drei der Stipendien übernimmt das Land, das vierte finanziert die Kulturstiftung „ArtRegio“ der SparkassenVersicherung.

**Die Ausstellung ist zu sehen vom 23. Januar bis 4. März 2008, Montag bis Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.**

## Veranstaltungen

### Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus

#### Avi Primor zu Gast im Landtag - Ausstellung mit Bildern von Samuel Bak eröffnet

Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus luden Landtagspräsidentin Prof. Dr. Dagmar Schipanski und Ministerpräsident Dieter Althaus am 25. Januar 2008 in den Thüringer Landtag ein. Zusammen mit den Abgeordneten des Landtags, Vertretern des öffentlichen Lebens und weiteren Gästen erinnerten sie in einer Gedenkstunde an all jene, die dem menschenverachtenden Rassenwahn des Nazi-Regimes zum Opfer fielen. An der Gedenkstunde nahmen auch ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald teil. Die Gedenkrede hielt Avi Primor, ehemaliger Botschafter des Staates Israel in Deutschland und Direktor des Zentrums für Europäische Studien an der Privatuniversität IDC Herzliya in Israel. Primor betonte die Unbegreiflichkeit und Einmaligkeit der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden, würdigte aber zugleich die Einzigartigkeit der Aufarbeitung dieses Teils der deutschen Geschichte.



*Botschafter a.D. Avi Primor*

Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung eröffnete Prof. Dr. Dagmar Schipanski zusammen mit Hinrich Kaasmann vom Freundeskreis Yad Vashem Jerusalem in Deutschland e.V. eine Ausstellung mit Werken Samuel Baks, eines der bedeutendsten jüdischen Künstler der Gegenwart. 1933 in Wilna geboren, geriet Bak noch im Kindesalter in den Albtraum der Geschichte. Nur knapp entging er dem tödlichen Schicksal der Shoa, der sechs Millionen europäische Juden zum Opfer fielen. Der Holocaust wurde das große, beherrschende Thema Baks. Krieg und Tod sind auf vielen seiner Bilder gegenwärtig. Mit nachdenklichem Pinselstrich und mit verhaltenen Farben erzählt er die Geschichte seines Volkes.



*Hinrich Kaasmann, Vorstandsmitglied des Freundeskreises Yad Vashem Jerusalem in Deutschland*

**Die Ausstellung ist zu sehen vom 25. Januar bis 29. Februar 2008, Montag bis Freitag von 8.00 bis 17.00 Uhr. Der Eintritt ist frei.**

CDU

### CDU konkretisiert Vorstellungen zur Thüringer Landgemeinde

Das Leitbild für die zukünftigen Landgemeinden in Thüringen erhält genauere Konturen. Der Arbeitskreis der CDU-Fraktion zur Enquetekommission über die zukünftigen Verwaltungs- und Gebietsstrukturen hat dazu ein Papier erarbeitet. Danach sollen die Ortschaften in den geplanten Landgemeinden deutlich mehr Rechte erhalten, als zurzeit in der Thüringer Kommunalordnung niedergelegt sind. Das hat der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Christian Carius (im Bild) in Erfurt mitgeteilt. Die Landgemeinden sollen nach den Vorstellungen des Arbeitskreises „auf Dauer mindestens 3.000 Einwohner haben“. Die rechtlichen Voraussetzungen sollen noch in diesem Jahr geschaffen werden.



Nach den Vorstellungen des Fraktionsarbeitskreises sollen die Landgemeinden aus den derzeitigen Verwaltungsgemeinschaften und erfüllenden Gemeinden hervorgehen, die damit der Vergangenheit angehören werden. Die Landgemeinden sind im rechtlichen Sinn Gemeinden, in der die Ortschaften jedoch weitgehende Gestaltungsrechte in allen Fragen der örtlichen Identität haben werden. „Uns kommt es darauf an, Verwaltungseffizienz und die gestaltbare örtliche Gemeinschaft in ein vernünftiges Gleichgewicht zu bringen“, sagte Carius. Vieles, was größere Städte heute ihren Ortschaften durch die Hauptsatzung freiwillig gewähren, wird nach seinen Angaben für die Landgemeinde rechtlich bindend sein. Die Eigenständigkeit der Dörfer werde so in zukunftsfähigen Strukturen gewahrt. Bestehende Einheitsgemeinden sollen das Recht erhalten, für sich die Rechtsform der Thüringer Landgemeinde zu wählen.

**Die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag**
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72206
Fax: 0361 37 72520
www.thl-cdu.de

### Thüringer Regelschule eröffnet alle Chancen und verbaut keinen Weg

Bei der Entscheidung über die weiterführende Schule sollten sich Eltern an den Bedürfnissen und dem Leistungsvermögen ihrer Kinder orientieren. Diesen Rat gibt der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Volker Emde, allen Eltern, die Kinder in der 4. Grundschulklasse haben und über die weitere Schullaufbahn nachdenken.

Besonders warb Emde für die Thüringer Regelschule. „Sie eröffnet alle Chancen und verbaut keinen Weg“, so der Bildungspolitiker.

„Wer sich in den Schulen auskennt, weiß, dass unter den Gymnasiasten nicht wenige sind, für die ein Hochschulstudium später nicht in Frage kommt“, sagte er. Frustrationserlebnisse und Überforderung können die Konsequenzen sein. Die Regelschule bietet praktischen und wirtschaftsnahen Unterricht sowie ausgedehnte Praktika in Unternehmen der Region. Nach Klasse 10 haben die Schüler daher meist konkrete Vorstellungen von ihrem beruflichen Werdegang. Von einer Lehre bis zum Berufsabitur oder anderen Hochschulzugangsberechtigungen ist nach der 10. Klasse alles möglich.

## Senioren-Vertretungen stärken – LINKE legt Gesetzentwurf vor

DIE LINKE.
DIE LINKE. Fraktion
im Thüringer Landtag
Pressestelle
Tel.: 0361 37 72293
Fax: 0361 37 72321
www.die-linke-thl.de

Auf überraschend große Resonanz war die erste Diskussion zum Gesetzentwurf der LINKEN für ein Gesetz zur Stärkung der Interessenvertretung von Senioren in Thüringen gestoßen. Sie sollen „verbindliche Mitwirkungsrechte in den Kommunalordnungen“ erhalten, betonte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Margit Jung. In Anbetracht einer immer älter werdenden Bevölkerung müssten die Belange von Senioren in allen gesellschaftlichen Bereichen besser als bisher Berücksichtigung finden, z.B. bei Kommunalplanungen, in der Verkehrs- und Gesundheitspolitik. Die Initiative der LINKEN wurde in der Veranstaltung ausdrücklich begrüßt. Es sei „überfällig, die Arbeit von Seniorenbeiräten sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene auf gesetzliche Grundlagen“ zu stellen. So betonte Vera Eberhardt, ehemalige Alterspräsidentin im Stadtrat Erfurt (siehe Foto), dass der im Gesetzentwurf vorgesehene Seniorenplan „ganz wichtig ist, damit der Seniorenbeirat nicht zur Quasselbude wird“. Außerdem plädierte sie für einen Seniorenbeauftragten bei der Landesregierung, „zu dem man gehen kann, wenn man nicht zum Landesseniorenbeirat möchte“.



### Gefahren bei Laugen-Einleitung

Bei einer Besichtigung des Bergwerks Springen, die auf Initiative des Landtagsabgeordneten der LINKEN und Vorsitzenden des Umweltausschusses Tilo Kummer stattfand, ging es um die Einschätzung der Gefahren, die mit der Einleitung von Kali-Abwässern aus Unterbreizbach für die Bergsicherheit entstehen könnten. Das Eindringen von Wasser ins Gesteinsgefüge könne zu Gebirgsspannungen und Gebirgsschlägen führen, hatte Kummer gewarnt und von der Kaliindustrie erneut ein wirklich umweltschonendes Entsorgungskonzept gefordert.



### Volksbegehren für mehr Bürgerbeteiligung in Thüringer Kommunen startet

Vom 20. März bis zum 19. Juli findet in Thüringen das Volksbegehren für mehr Demokratie in den Kommunen statt, mit dem Bürgerbegehren und Bürgerentscheide reformiert werden sollen. DIE LINKE hat zur Teilnahme am Volksbegehren, für das 200.000 Unterschriften gesammelt werden müssen, aufgerufen, denn „lebendige Demokratie lebt von Bürgerbeteiligung“, wie der Fraktionsvorsitzende Dieter Hausold betonte. „Die Landesregierung sollte endlich erkennen, dass bei direkter Demokratie auf kommunaler Ebene massiver Verbesserungsbedarf besteht. Thüringen darf hier bundesweit nicht weiterhin die Rote Laterne haben“, erklärte der parteilose Abgeordnete und innenpolitische Sprecher der Fraktion, Dr. Roland Hahnemann.

## Thüringer wollen mehr Mitspracherecht

### CDU muss sich mit zwei Volksbegehren auseinandersetzen

SPD
Die SPD-Fraktion
im Thüringer Landtag

Pressestelle
Tel.: 0361 37 72365
Fax: 0361 37 72417
www.spd-thl.de

Mitte Januar hatten die Initiatoren des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ den Vertretern der Oppositionsfraktionen SPD und DIE LINKE einen Gesetzentwurf übergeben. Darin sind die Ziele der Initiative für eine bessere Familienpolitik in Thüringen niedergeschrieben – die Landtagsopposition wurde beauftragt, den Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen. Mit der 1. Beratung muss sich nun auch die CDU-Mehrheitsfraktion mit der aus ihrer Sicht ungeliebten Materie befassen. SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie warf der CDU im Plenum erneut die Streichung von 300 Erzieherstellen in Thüringer Kindertagesstätten vor und kritisierte die Einführung des Erziehungsgeldes. Vor allem für sozial schwache Eltern sei es ein Anreiz, ihre Kinder nicht in den Kindergarten zu schicken. Zudem werde ein rückwärts gewandtes Familienbild propagiert. Erst im Dezember vergangenen Jahres hatte der Verfassungsgerichtshof in Weimar festgestellt, dass das angestrebte Volksbegehren nicht zulässig ist. Die Verfassung verbiete ein Volksbegehren über Abgaben.



*Arno Simon und Peter Häusler (Bildmitte, von links), die Initiatoren des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen, überreichen Vertretern der Oppositionsfraktionen im Thüringer Landtag den Gesetzentwurf. SPD-Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie (2. von links, neben Fraktionsvorsitzendem Dieter Hausold, Die Linke) sowie Birgit Pelke, die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion (ganz rechts) versprachen der Initiative alle Unterstützung.*

#### Zweites Volksbegehren für mehr Demokratie in Kommunen vor Start

Wenige Tage vor der Plenarsitzung hatte die SPD-Fraktion bereits ihre Unterstützung für ein weiteres Volksbegehren, das vor dem Start stehende „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“, bekräftigt. Als Beginn der Unterschriftensammlung sei der März vorgesehen, teilte die Initiative mit. Die Sozialdemokraten würden alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten nutzen, dem Volksbegehren zum Erfolg zu verhelfen, kündigte die SPD-Abgeordnete Heike Taubert an. „Mehr Mitsprache für die Bürger in den Kommunen – dies ist genau der richtige Weg, der grassierenden Politikverdrossenheit etwas entgegen zu setzen“, so die kommunalpolitische Sprecherin der Fraktion. Taubert forderte die Thüringer deshalb dazu auf, das Volksbegehren mit vielen Unterschriften zu unterstützen. Taubert erinnerte in diesem Zusammenhang an eine Äußerung von Thüringens Innenminister Gasser, der den Menschen in Ostdeutschland Defizite im Umgang mit der Demokratie vorgeworfen hatte. „Bei einem Erfolg des Volksbegehrens haben die Thüringer die Möglichkeit, das Gegenteil zu beweisen.“ Für einen gelingenden Umgang mit der Demokratie seien Reformen wie die der Initiative „Mehr Demokratie in Thüringen“ unerlässlich.

## Die Landesbeauftragten

**Die Bürgerbeauftragte des Freistaats Thüringen**
Tel.: 0361 37 71871
Fax: 0361 37 71872
E-Mail:
buergerbe@bueb.thueringen.de
www.bueb.thueringen.de

**Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR**
Tel.: 0361 37 71951
Fax: 0361 37 71952
E-Mail :
tlstu@t-online.de
www.thueringen.de/tlstu

**Der Landesbeauftragte für den Datenschutz**
Tel.: 0361 37 71900
Fax: 0361 37 71904
E-Mail:
poststelle@datenschutz.thueringen.de
www.datenschutz.thueringen.de

## Hinweise zur Bestellung des Landtagskuriers

Der Landtagskurier erscheint monatlich in Form eines Newsletters.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl über den Postweg als auch über E-Mail (als pdf-Datei) möglich.

Wenn Sie den Landtagskurier bestellen möchten, schreiben Sie uns eine

E-Mail:
**Pressestelle@Landtag.Thueringen.de**

oder rufen Sie uns an:

Telefon: 0361 37 72006



## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Opferrente in Thüringen - Dank an die Mitarbeiter der Rehabilitierungsbehörde

Die „Besondere Zuwendung“ nach §17a StrRehaG kann seit September 2007 gezahlt werden. Schon im Sommer hatten viele ehemalige politische Gefangene dem Rehabilitierungsamt formlose Anträge gesendet, um ihren Anspruch vom ersten Tag an zu sichern. Das Amt hat diese Anträge als fristwahrend angenommen. Damit hat Thüringen zugunsten der Berechtigten bundesweit Maßstäbe gesetzt.
Es zeichnete sich schon vor Inkrafttreten des Gesetzes ab, dass es viel Arbeit geben würde. Die Anträge der Ältesten wurden heraussortiert. So konnten alle über Siebzigjährigen noch im Jahr 2007 den Bescheid erhalten und bekommen inzwischen auch Leistungen. Bis zum 25. Januar sind 6.792 Anträge eingegangen, von denen 1.700 schon beschieden sind. Damit steht Thüringen im Schnitt der anderen neuen Bundesländer gut da. In Sachsen Anhalt wurden von 7.100 Anträgen 2.400 bearbeitet, in Berlin von 9.000 bisher etwa 1.500 und in Mecklenburg-Vorpommern von 5.500 Anträgen gar erst 500. Die Bevorzugung älterer Antragsteller ist nicht überall üblich.
Allerdings wird sich die Bearbeitung nun verlangsamen. Da Renten bei der Einkommensprüfung nicht berücksichtigt werden, war es bei den Älteren unkompliziert. Nun müssen zunehmend Einkommen kontrolliert und Unterlagen nachgefordert werden. Auch Ausschließungsgründe müssen geprüft werden. In allen Fällen, in denen nicht aus den letzten drei Jahren ein Bescheid der Bundesbeauftragten für die Stasiunterlagen über frühere Mitarbeit beim MfS vorliegt, wird dieser eingeholt.
Die Frauen und Männer in Meiningen haben seit September ein hohes Arbeitspensum geleistet. Neben der Antragsbearbeitung haben sie zahlreiche Anfragen der Betroffenen beantwortet. Dafür gebührt ihnen Dank. Da die Regelungen durch den Gesetzgeber nun doch nicht, wie versprochen, „ganz unkompliziert“ waren, wird sich die Bearbeitung aller Anträge noch weit in das Jahr hinziehen. Berechtigte Ansprüche bleiben aber bestehen und mit der Bewilligung werden 250 Euro ab dem Monat nach der Antragstellung nachgezahlt.

## Der Datenschutzbeauftragte

### 2. Europäischer Datenschutztag

Der Europarat hat im Jahr 2007 zum ersten Mal den Europäischen Datenschutztag ausgerufen mit dem Ziel, mehr Menschen zu diesem Thema zu erreichen und sie zu sensibilisieren, mit persönlichen Daten sorgsam umzugehen. Europäischer Datenschutztag wird künftig immer der 28. Januar sein, weil 1981 an diesem Tag die Unterzeichnung der Europaratskonvention 108 zum Datenschutz begonnen wurde. Mit dieser Konvention verpflichten sich die unterzeichnenden Staaten, für die Achtung der Rechte und Grundfreiheiten, insbesondere des Persönlichkeitsbereiches, bei der automatisierten Datenverarbeitung zu sorgen. Der 2. Europäische Datenschutztag fand am 28. Januar 2008 statt. Die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder hatten sich in diesem Jahr auf Initiative des Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz darauf verständigt, an diesem Tag deutschlandweit die Förderung des Datenschutzbewusstseins unter Schülern und Jugendlichen in den Mittelpunkt vielfältiger Veranstaltungen unter dem Motto „Datenschutz macht Schule“ zu stellen. Der Thüringer Landesbeauftragte für den Datenschutz, Harald Stauch, und seine Mitarbeiter/-innen besuchten thüringenweit Schulen, um mit Schülern/-innen ab der 11. Klassenstufe rechtliche Grundlagen und aktuelle jugendrelevante Aspekte des Datenschutzes zu diskutieren. Den jungen Leuten sollte vor allem bewusst gemacht werden, wie vielfältig die Bedrohung ihrer Privatsphäre in der heutigen Informationsgesellschaft ist und was sie selbst dagegen tun können. In den Diskussionsrunden wurde das Interesse der Schüler, insbesondere an Fragen zum Thema „Datenschutz in der Schule“, aber auch zum staatlichen Online-Hacking und zu Risiken des Internets deutlich.
Perspektivisch sind weitere schulische Datenschutzprojekte denkbar; als Schritte in ein datenschutz- und damit grundrechtsbewusstes Erwachsenenleben.

## Die Bürgerbeauftragte

### Sprechstunden der Bürgerbeauftragten im Jahr 1. Halbjahr 2008

Im 1. Halbjahr 2008 sind folgende Bürgersprechstunden der Bürgerbeauftragten vorgesehen. Außer der Veröffentlichung im Internet werden die Termine auch in der regionalen Presse jeweils bekannt gegeben:

| | |
|---|---|
| 29.01. | LRA Altenburger Land |
| 31.01. | Dienststelle Erfurt |
| 05.02. | LRA Eichsfeld |
| 12.02. | LRA Saalfeld-Rudolstadt |
| 19.02. | LRA Sonneberg |
| 21.02. | Dienststelle Erfurt |
| 26.02. | Stadtverwaltung Gera |
| 04.03. | Stadtverwaltung Eisenach |
| 11.03. | LRA Kyffhäuserkreis |
| 18.03. | LRA Schmalkalden-Meiningen |
| 25.03. | LRA Greiz |
| 27.03. | Dienststelle Erfurt |
| 01.04. | Stadtverwaltung Suhl |
| 08.04. | LRA Saale-Holzland-Kreis |
| 15.04. | LRA Unstrut-Hainich-Kreis |
| 17.04. | Dienststelle Erfurt |
| 22.04. | LRA Weimarer Land |
| 29.04. | LRA Wartburgkreis |
| 08.05. | Stadtverwaltung Jena |
| 13.05. | LRA Gotha |
| 20.05. | LRA Sömmerda |
| 27.05. | Stadtverwaltung Weimar |
| 29.05. | Dienststelle Erfurt |
| 03.06. | LRA Ilm-Kreis |
| 10.06. | LRA Saale-Orla-Kreis |
| 17.06. | LRA Nordhausen |
| 24.06. | LRA Hildburghausen |
| 26.06. | Dienststelle Erfurt |

Herausgeber: Thüringer Landtag, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen-Fuchs-Str.1 99096 Erfurt
Für die Seiten "Aus den Fraktionen" und "Die Landesbeauftragten" sind die jeweiligen Bereiche verantwortlich. Diese Zeitung dient der Öffentlichkeitsarbeit des Thüringer Landtags. Sie darf weder von Wahlbewerbern noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.